



**BERLINER
EINBLICKE #71**
FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Ende Februar 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Die zweite der zwei vergangenen Sitzungswochen begann sehr grundsätzlich. Angela Merkel hatte auf der Münchener Sicherheitskonferenz ihre Überzeugungen für die internationale Zusammenarbeit in einer fulminanten Rede durchdekliniert. Insbesondere als Europapolitiker bewegen mich solche Worte: Alle bisherigen Bundesregierungen waren gut damit beraten, den Ausgleich und die enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern zu suchen. Gleichzeitig haben wir auch eigene Interessen, die wir definieren und realisieren wollen. Gute internationale Politik ist oft ein mühsamer Prozess, aber dieser Weg ist der richtige. Unsere Bundeskanzlerin hat dies in ihrer vielbeachteten Rede auf den Punkt gebracht. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir mehr in die Bundeswehr investieren müssen, gerade in unsicher werdenden Zeiten. Wenn wir gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und in der Nato bestehen wollen, müssen wir mehr leisten können. Das ist im Interesse unseres Landes.

Im Interesse unseres Landes und vor allem unserer Kinder als Schülerinnen und Schülern war auch die Einigung der Bundesländer und der Bundesregierung auf den Digitalpakt im Vermittlungsausschuss. WLAN, Tablets, Whiteboards - in den kommenden fünf Jahren stellt der Bund den Ländern insgesamt fünf Milliarden Euro für eine bessere digitale Ausstattung der Schulen zur Verfügung. Das Geld darf auch für die

digitale Weiterbildung der Lehrer eingesetzt werden. Wichtig hierbei ist, dass Bildung grundsätzlich Ländersache bleibt. Der Digitalpakt ist aber ein gemeinsames Bekenntnis: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.



In zwei Sitzungswochen komprimieren sich natürlich die Themen, z.B. die Einigung auf eine Reform des § 219 a StGB; die Vorstellung einer „Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung“; der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan; die allesamt einen Kommentar wert wären. Besonders geärgert habe ich mich über den Versuch der Justizministerin

Barley, der eigenen Regierung in den Rücken zu fallen. Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hatte sich gemeinsam auf einen Reformvorschlag für das europäische Urheberrecht geeinigt, mit Zustimmung des BMJV. Nachdem dieser Kompromiss öffentlich auch kritisch diskutiert wurde, wollte die Ministerin per Twitter einen Rückzug starten, vielleicht auch in Hinblick auf ihre Kandidatur für das Europaparlament. Verantwortungsvolles Regieren bedeutet auch, sich ehrlich zu getroffenen Vereinbarungen zu bekennen. So verhalten wir uns als Union in dieser Bundesregierung. Aber der Kölner Karneval lehrt uns ja Toleranz. In diesem Sinne: Jedem Jeck sing Pappnas!

Ihr

Heribert Hirte

Das Thema

Politik und Karneval

Trotz ihres neuen Amtes als unsere Parteivorsitzende ließ sich Annegret Kramp-Karrenbauer einen ihrer Lieblingstermine auch in diesem Jahr nicht nehmen – seit 2011 gibt AKK die „Putzfrau Gretl“. Mit kariertem Kittelschürze, Kopftuch und Kehrbesen steht die Saarländerin alljährlich zur Narrenschau des Verbandes Saarländischer Karnevalsvereine auf der Bühne, egal ob als neugewählte, später als wiedergewählte Ministerpräsidentin oder nun als Nummer Eins der CDU auf Bundesebene. Kramp-Karrenbauer genießt die Veranstaltung in ihrer Heimat sichtlich. Hier in St. Ingbert kennt sie jeden, in ihrer Rolle kann sie den saarländischen Dialekt voll ausleben, es menschtelt. Ihr Auftritt ist eine Kombination aus rheinischer Büttenrede und saarländischer Gretl, in diesem Jahr garniert mit Spitzen gegen die ehemaligen Konkurrenten Spahn und Merz, die auch eine Veranstaltung der bayerischen Schwesterpartei CSU an Aschermittwoch zum Johlen brächten.

großen Anerkennung, Thema auf einem der Wagen des Rosenmontagszuges zu werden – ein Ritter Schlag. Zugleich ist es die größte Furcht, wenn es einen zu hart trifft. Als CDU-Mensch erinnert man sich hier gerne an den „Rohrkrepierer“ Martin Schulz zurück.

Schon in seinem katholischen Ursprung haben Obrigkeiten den Karneval stets mit Argusaugen beobachtet. Und auch unter dem Regime der strengen Preußen waren Behörden und Karnevalisten nicht immer einer Meinung. Insbesondere die Lieder, die Reden und die Karnevalszeitungen erregten bei den nicht sehr toleranten Preußen immer wieder Missfallen. In den 1830er Jahren waren zum Beispiel die meisten Karnevalszeitungen verboten. Dennoch ließen es sich die Narren nicht nehmen, Missstände anzuprangern und satirisch aufs Korn zu nehmen. So

des gesellschaftlichen Lebens und daher auch den Karneval. Das beginnt im Kleinen, wie es die Diskussion um die Veedelszüge gezeigt hat. Mit dem immer größer werdenden Besucheran-



Das Dreigestirn der Altgemeinde Rodenkirchen war der Hingucker der letzten Sitzungswoche vor Karneval.

drang auch auf den kleineren Zügen steigen die Sicherheitsanforderungen. Nicht alle Karnevalsvereine oder Zugorganisatoren schwimmen im Geld oder können mehr Personal ehrenamtlich stellen. Die CDU im Kölner Stadtrat hat sich dafür entschieden zu helfen. 90.000 Euro, 10.000 für jeden Stadtbezirk stellt der Rat in diesem Jahr bereit. „Wir sind es unserer Heimatstadt, den Karnevalsjecken und unserem Brauchtum schuldig, auch die Karnevalsumzüge in den Stadtteilen weiterhin stattfinden zu lassen“, begründete OB Reker ihre Entscheidung. Den Worten Rekers schließt sich eine Diskussion an, die überall stattfindet, wo einstmals regionale Veranstaltungen zu Großveranstaltungen mit Eventcharakter anwachsen. Während das Oktoberfest spätestens seit Ende der 1990er Jahre zu einem weltweiten Happening avancierte, wuchsen in Köln die Besucherzahlen des Rosenmontagszuges seit den 2000ern beständig an. Und bei den modernen Ausmaßen gibt es zahlreiche Fragen, die originär politisch sind: Gehört der Rosenmontagszug noch den Kölnern? Gibt es Gren-



Heribert Hirte begrüßte die Abordnung der Karnevalisten der Altgemeinde Rodenkirchen im Deutschen Bundestag.

Doch nicht nur der Inhalt des Auftritts der Putzfrau Gretl ist politisch, der Karneval an sich ist politisch. So sehnt sich jeder Politiker in Köln heimlich nach der

war der Karneval auch stets ein Ringen und der Vorkampf um die Kunst-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Politik bestimmt große Teile

zen? Der Karneval ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, verbietet sich die Diskussion um Beschränkungen deswegen? Manifest wird die Diskussion in diesem Jahr rund um den „Jeck im Sunnesching“. Die Privatbrauerei Gaffel hat mit einer cleveren Marketingidee den Karneval in den Spätsommer verschoben, zumindest für diesen einen Event. Das Kneipenfestival findet parallel in Bonn und Köln statt und wächst jedes Jahr beständig. Der Stadt bringt das Geld, doch es gibt Stimmen, die einen Ausverkauf des Brauchtums befürchten.

Im Reichstag sind alljährlich Prinzenpaare und Dreigestirne zu Gast. In diesem Jahr besuchte das Dreigestirn der Altgemeinde Rodenkirchen Heribert Hirte, das Pendant aus Porz den Kollegen Karsten Möring und auch die Kanzlerin bekommt traditionell Besuch von Prinzenpaaren und Dreigestirnen aus dem ganzen Land. Und auch Karnevalisten sind politisch organisiert. In der vergangenen Woche diskutierte Heribert Hirte gleich auf zwei Podien des Bundes Deutscher Karneval. Das Thema Europa beschäftigte die Diskussion des Jugendverbandes der Kar-

nevalisten und machte deutlich: Brauchtum in Europa ist vielfältig, die verschiedenen Spielarten des Karnevals von Venedig bis nach Köln zeigen das imposant, und die Liebe zur Heimat verbind-

zentrik können das auch genießen, man erinnere an die extravaganen Kostüme von Markus Söder im Rahmen der Fastnacht im Veitshöchheim. Andere hingegen durchleiden eher die Kostümpflicht, Stichwort Andrea Nahles im Clownskostüm in der Tagesschau. Diese Bühne kann aber natürlich fernab von Brauchtum und Showevents wie den Fernseh-Prunksitzungen auch auf andere Art genutzt, manch einer würde sagen missbraucht werden. Aktuell kursieren Gerüchte, Aktivisten aus dem Hambacher Forst würden den Rosenmontagszug blockieren wollen. Und so ist der Karneval auch nicht davor gefeit, für politische Beweggründe instrumentalisiert zu werden. Karneval gehört zur Gesellschaft, und die ist politisch.

Ob jetzt der Karneval die Politik benutzt, Politik den Karneval, wer wen dominiert oder ob man einfach schicksalhaft verwoben ist, bleibt wohl unbeantwortet, zumal der Karneval gerade bei uns in Köln ja auch politische Wurzeln hat. Aber die Fragen der jungen Karnevalisten an Heribert Hirte haben gezeigt, worauf es bei beidem ankommt: Engagement und Offenheit. Und am Ende bleibt nur noch zu sagen: **Kölle Alaaf!**



Zum Thema Ehrenamt diskutierte Heribert Hirte bei der Jugendorganisation des Bundes Deutscher Karneval.

det über den Kontinent hinweg. „Uns Sproch es Heimat“ ist der Spruch der Session und Manfred Weber, Spitzenkandidat der EVP, hat sehr wohl recht, wenn er sagt: „Europa bedeutet Heimat, Identität und Vielfalt.“

Schlussendlich ist der Karneval auch eine große Bühne. Sehen und gesehen werden ist auch eine Pflichtübung für Politiker. Menschen mit der gewissen Prise Ego-

Querblick

Die Mehrheit im Rat der Stadt Köln möchte den taktischen Spielchen rund um die Vergabe der SWK-Geschäftsführung ein Ende setzen. Deshalb haben wir als CDU gemeinsam mit den Stimmen der Grünen und FDP dafür gestimmt, dass alle abgeordneten Ratsvertreter im Aufsichtsrat Stefanie Haaks und Timo von Lepel nicht in die Geschäftsführung der KVB wählen sollen. SPD und Linke müssen damit aufhören, wichtige Personalentscheidungen an gewählten Institutionen vorbei durchzudrücken. Die Entscheidung um die Neubesetzung der Geschäftsführung ist nun zunächst



Kurz informiert

Delegationsreise nach Brüssel

Als Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht im Deutschen Bundestag pflegt Heribert Hirte einen engen Draht nach Brüssel. Gesetzgebungsprozesse dort sind besser zu beeinflussen und deutsche Interessen nachhaltiger zu wahren, wenn sie von Anfang an begleitet werden. Um den Austausch zwischen Berlin und der europäischen Ebene zu intensivieren, war Hirte gemeinsam mit einigen Bundestagsabgeordneten aus seinem Ausschuss für eine Delegationsreise in Brüssel. Durch Gespräche unter anderem mit Frans Timmermans, dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Stefan Führung, Mitglied der Brexit-Task Force, Vera Jourová, der Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichberechtigung und einigen deutschen Europaparlamentariern, darunter unser Kölner EU-Abgeordneter Axel Voss, war die Reise ein voller Erfolg.



Rede zu Whistleblowing & Geschäftsgeheimnisse

Am Ende einer Debatte bleibt oftmals das Vergnügen, auch einmal thematisch aufzuräumen. Dies durfte Heribert Hirte anhand zweier Anträge von Grünen und der Linken zum Thema Geschäftsgeheimnisse und Whistleblowing übernehmen. Wobei: Das wichtige Thema der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen fiel in beiden Anträgen ein wenig unter den Tisch. Schon der Deutsche Corporate Governance Kodex sieht einen „geschützten“ Meldeweg für die Anzeige von Rechtsverstößen durch Mitarbeiter vor und empfiehlt, einen solchen auch für Dritte einzurichten. Dennoch täuschen Linke wie Grüne vor, bislang gäbe es keinerlei Rechtsgrundlagen. Zudem versteifen sie sich in der Diskussion rein auf das Thema Whistleblowing, ganz als beträfe das Thema Julian Assange allein. Das ist bedauerlich, denn ein zentraler Streitpunkt bei der aktuell auf EU-Ebene verhandelten Whistleblower-Richtlinie ist nicht der Schutz des Whistleblowers an sich, sondern das gerade für kleine und mittelständische Unternehmen aufwändige Verfahren, einen entsprechenden Meldeweg anzubieten. Hier müssen wir über die Bundesregierung auf Änderungen drängen. Die von Brüssel bislang

vorgeschlagene Regelung ist mittelstandsfeindlich. Sicherzustellen ist im Übrigen, dass bei unberechtigter Veröffentlichung eines vermuteten Fehlverhaltens auch eine Korrektur der Veröffentlichung in der gleichen Weise erfolgt wie der ursprüngliche Gang an die Öffentlichkeit. Mehr aus der Rede von Heribert Hirte finden Sie [hier](#).

Rede zu Dispozinsen

Dispozinsen sind ärgerlich. Gerade in Zeiten, in denen sich Banken für einen kaum vorhandenen Zinssatz Geld von der Zentralbank leihen können, fehlt vielen Verbrauchern das Verständnis für hohe Überziehungszinsen. Deshalb hat die Bundesregierung reagiert. Vergleichsseiten sollen helfen, die Verbraucher besser aufzuklären, Kontenwechsel wurden vereinfacht. Die Vergleichsseiten sind aber noch nicht richtig angelaufen, schon erneuert die Linke alte Anträge und fordert eine Deckelung für die Zinsen. Deckel drauf, Problem gelöst. Dass es so leicht nicht geht, der Markt und die Verbraucher klügere Maßnahmen verdienen, hat Heribert Hirte in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag betont. Sehen Sie [hier die gesamte Rede](#).

Sitzung Stephanuskreis



Ein höchst brisantes Thema hatte sich der Stephanuskreis für seine Sitzung im März verordnet: „Die Lage der Christen in Israel und Palästina.“ Religion ist im Nahen Osten als fundamentalistisches und politisches Zweckmittel omnipräsent. In Israel zeigt sich das in den vergangenen Jahren an der anhaltenden Gewalt zwischen der islamistischen Hamas und der israelischen Armee. Heftig diskutiert wurde das 2018 von der Knesset verabschiedete Gesetz zum jüdischen Charakter Israels. Umso spannender waren die Einblicke von Marc Frings, Leiter des Büros der Konrad Adenauer Stiftung in den Autonomen Gebieten, und Dr. Mitri Raheb, ein anerkannter Experte und christlicher Theologe, der bereits mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

Unterstützung für die Büros in Köln und Berlin



Matthias Imiolczyk, Praktikant im Berliner Büro.

Sowohl in Berlin wie auch in Köln hat das Büro Heribert Hirte derzeit tatkräftige Unterstützung durch zwei Praktikanten. In Berlin absolviert Matthias Imiolczyk ein vierwöchiges Praktikum. Der aus Heribert Hirtes Kölner Wahlkreis stammende Student steht kurz vor seinem Bachelor-Abschluss an der Universität zu Köln und sucht als engagierter Stadtbezirksvorsitzender der Jungen Union Innenstadt und Deutz sowie stellvertretender Stadtbezirksvorsitzender des CDU Stadtbezirks 1 praktische Erfahrungen im politischen Betrieb.



Lisa Mollica unterstützt das Wahlkreisbüro in Köln als Praktikantin.

In Köln unterstützt Lisa Mollica das Wahlkreis-Team. Die 21-jährige Bayenthalerin studiert im fünften Semester Jura und begleitet für sechs Wochen die Arbeit im Bürgerbüro. Das Praktikum im Rahmen ihres Studiums soll erste Einblicke in die vielfältigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes (im weiteren Sinne) geben. Dabei stehen für sie sowohl bundes- als auch kommunalpolitische Themen auf dem Programm.

Augenblick



Den Bildbeitrag von Heribert Hirte zum diesjährigen Red-Hand-Day sehen Sie hier. Mit der internationalen Aktion wird auf das Schicksal von Kindern aufmerksam gemacht, die als Kindersoldaten missbraucht werden. Mehr hierzu können Sie auch im Rundblick lesen.

Seit dem Frühjahr 2018 liegt dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz ein Gesetzesvorschlag aus Hessen vor, der den neuen Straftatbestand „Digitaler Hausfriedensbruch“ definiert. Datendiebstahl ist ein neues Phänomen, das schon zahlreiche Opfer auch in den Reihen von Politikern gefunden hat. Vereinfacht erklärt: Private Daten werden von Person X geklaut und an Stelle Y veröffentlicht bzw. schlicht missbräuchlich verwendet. Deshalb ist es der CDU ein Anliegen, die Rechtsprechung und den Schutz der Intimsphäre auch auf Höhe der Zeit aufzustellen. Doch das BMJV und die Ministerin Barley blockieren diese Bestrebungen bislang. Was Heribert Hirte daran stört und wie ein solcher „Digitaler Hausfriedensbruch“ ausgestaltet werden sollte, können [Sie im Handelsblatt nachlesen](#) (Artikel nur mit Abo abrufbar).

Der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar ist gleichzeitig der weltweite Aktionstag „Red Hand“. Seit über 15 Jahren gibt es den Red-Hand-Day, bei dem jährlich hunderttausende rote Handabdrücke gesammelt werden. Die Aktion ist wichtig, denn trotz vieler wesentlicher Erfolge gibt es immer noch 250.000 Kindersoldaten weltweit. Die Unionsfraktion fordert deshalb Staaten zur Unterzeichnung auf, die das ‚Fakultativprotokoll zum Übereinkommen für die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten‘ bislang noch nicht ratifiziert haben. Denn der Red-Hand-Aktionstag erinnert nicht zuletzt an das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 2000. Die rote Hand steht für ein klares Nein zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Heribert Hirte war Teil [der Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#) zu diesem elementaren Thema.

Über die Plenardebatte zum Thema Dispozinsen berichtete das [Handelsblatt](#) (Artikel nur mit Abo einsehbar).

Samstag, 23.2.2019

Traditionelles Prinzenfrühstück der Bezirksvertretung Rodenkirchen

Samstag, 23.2.2019

Prunk- und Kostümsitzung Große Junkersdorfer

Donnerstag, 28.2.2019

CDU-Ratsfraktion: Frühstück Wieverfastelovend

Freitag, 1. März 2019

Präsentation der Sonderbriefmarke „Der Grüffelo“

Montag, 4.3.2019

Rosenmontagszug, Kölle Alaaf

Mittwoch, 6.3.2019

Arbeitgeber Köln und Netcologne, Katerfrühstück „Köln wie entfesselt!? Wohin entwickelt sich der Wirtschaftsstandort 4.0?“

Donnerstag, 7.3.2019

Deutsches Aktieninstitut, Frankfurt, Compliance-Konferenz, Diskussion: „Compliance in der 19.WP: Haftung, Sanktionen, Investigation - Wohin steuern Bundesregierung und Gesetzgebung?“

Sonntag, 10.3.2019

Pontifikalamt zur Eröffnung der MISEREOR-Fastenaktion im Erzbistum Köln mit Gästen aus El Salvador

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte) [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte) www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.